

Niederschrift

12. Sitzung des Hauptausschusses

| | |
|------------------------|---|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 25.06.2019 |
| Sitzungsbeginn | 18:00 Uhr |
| Sitzungsende | 21:55 Uhr |
| Ort, Raum: | Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg |

Anwesende:

Frau Doris Grote

Herr Sönke Siebke

Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin

Herr Jörg Buthmann

Vertretung für: Herrn Kurt Bar-
kowsky

Herr Matthias Malassa

Herr Martin Ahrens

Frau Rita Marcussen

Frau Hella Dorando-Marsch

Herr Arne Hansen

Frau Rosemarie Jahn

Vertretung für: Herrn Klaus-Pe-
ter Schroeder

Herr Heiko Evermann

Herr Toni Köppen

Herr Holger Weihe

Herr Rainer Schuchardt

Vertretung für: Herrn Thomas
Thedens

Herr Klaus Stuber Kreissenorenbeirat

Herr Arne-Michael Berg

Herr Claus Peter Dieck Kreispräsident

Herr Christian Mann

Frau Prof. Dr. Ulrike Täck 2. stv. Kreispräsidentin

Herr Henning Wulf

Herr Lück VJKA

Herr Wrage Geschäftsführer WKS

Herr Landrat Schröder

Herr Ebert FBL Immobilienverwaltung

Frau Löhmann FBL Soziales, Jugend, Bildung, Ge-
sundheit

Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprü-
fung

Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen
Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr,
Verbraucherschutz
Herr Stankat Jugendamtsleiter
Frau Kind FDL Gremien, Kommunikation, Controlling
Frau Lexau FDL Technisches Gebäudemanagement
Frau McGregor FDL Finanzen
Frau Höppner-Reher Gleichstellungsbeauftragte
Herr Schmitt Beteiligungsmanagement
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat -
Herr Klaus-Peter Schroeder -
Herr Thomas Thedens -

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.05.2019
 - 2.3 Informationen des Landrates
 - 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
 - 2.5 Kreistag 27.06.2019
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Antrag der VHS Henstedt-Ulzburg - Förderung Vorbereitungskurs zum Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss (ESA) 18+
Vorlage: DrS/2019/092
 - 3.2 Neufassung der Satzung des Kreises Segeberg zur Bildung einer Sozialstaffel für die Teilnehmerbeiträge oder Gebühren in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: DrS/2019/125
 - 3.3 Kinderbetreuung im Rahmen eines Integrationskurses in Levo-Park -
Übernahme der Mietkosten
Vorlage: DrS/2019/012-1

- 3.4 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der WI-SE-Fraktion und der Fraktion die LINKE zur Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen
Vorlage: DrS/2018/199-2
- 3.5 Rahmenvertrag Schleswig-Holstein nach § 131 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) zur Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe
Vorlage: DrS/2019/095
- 3.6 Verlängerung Bildungsprojekt "talk about - Sexualität & Gender" von Jungarbeit Hamburg e.V. im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2019/093
- 3.7 Projekt "Wohnen & Arbeit" in Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/091
- 3.8 Weiterentwicklung der SE-KulturTage 2020 ff.
Vorlage: DrS/2019/082
- 3.9 Fortführung der Präventionsarbeit "Verrückt? Na und!"
Vorlage: DrS/2019/097
- 3.10 Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Kreis Segeberg - Konzept, Maßnahmvorschlag und weitere Empfehlungen
Vorlage: DrS/2019/101
- 3.11 Aufstockung von 2 Klassen (3+4) am Berufsbildungszentrum Norderstedt, Moorbekstraße 17-21, 22846 Norderstedt (DrS 2015/092)
Vorlage: DrS/2019/104
- 3.12 Neubau eines Bürogebäudes für die Kreisverwaltung Segeberg (DrS 2018/050, 2018/050-1, 2019/057, 2019/072)
Vorlage: DrS/2019/107
- 3.13 Projekt Kommunale Bewegungsförderung zur Implementierung der Nationalen Empfehlungen (KOMBINE)
Vorlage: DrS/2019/110
- 3.14 Strategische Ziele des Kreises Segeberg
- 3.14.1 Strategische Ziele des Kreises Segeberg für den XX. Kreistag in der Wahlperiode von 2018 bis 2023
Vorlage: DrS/2019/115
- 3.14.2 Strategische Ziele des Kreises Segeberg für den XX. Kreistag in der Wahlperiode von 2018 bis 2023 - Änderungsantrag der SPD-Fraktion
Vorlage: DrS/2019/115-1

- 3.15 Antrag der CDU-Fraktion zur Erleichterung der politischen Arbeit in den Ausschüssen des Kreistages
Vorlage: DrS/2019/142
- 3.16 Antrag der WI-SE Fraktion zur Beschlusskontrolle
Vorlage: DrS/2019/141
- 3.17 Antrag B90/ Die Grünen zum Fledermausschutzkonzept
Vorlage: DrS/2019/122
- 3.18 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD im Segeberger Kreistag: Fairtrade-Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2019/139
- 3.19 1. Nachtragssatzung des Kreises Segeberg über die Erhebung einer Jagdsteuer
Vorlage: DrS/2019/131
- 3.20 Jahresabschluss 2018 WKS GmbH
Vorlage: DrS/2019/127
- 3.21 Landratswahl
- 3.21. Informationen zur Wahl der Landrätin/des Landrates im Jahr 2020
1 Vorlage: DrS/2019/138
- 3.21. Antrag der WI-SE Fraktion auf Vorbereitung der Wahl einer Landrätin/eines
2 Landrates im Jahr 2020
Vorlage: DrS/2019/140
- 3.22 Genehmigung einer Nebentätigkeit des Landrats im Aufsichtsrat der AKN GmbH
Vorlage: DrS/2019/136
- 3.23 Vorschlagsliste für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht für die Wahlperiode 01.04.2020 bis 31.03.2025
Vorlage: DrS/2019/133
- 3.24 Vorlagen aus Jugend im Kreistag
- 4 Berichte/Informationen
- 4.1 6. Beteiligungsbericht des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2019/126

4.2 Vertrag zwischen dem Kreis Segeberg und dem Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e. V. (VJKA) über die Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung des Kreises Segeberg - Zwischenbericht
Vorlage: DrS/2016/175-2

5 Verschiedenes

5.1 Anfragen

5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

6 Einwohnerfragestunde II

(nichtöffentlich)

7 Beratung und/oder Beschlussfassung nichtöffentlich

7.1 Beförderung eines Beamten
Vorlage: DrS/2019/130

7.2 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung von Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge
hier: Front Offices an den Standorten Bad Bramstedt und Kaltenkirchen
Vorlage: DrS/2019/113

7.3 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung von Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge
hier: Suchtberatung
Vorlage: DrS/2019/109

7.4 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung sozialer Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge;
hier: a) Wohnungsnotlagenberatung und Wohnkompetenztraining
b) Wohnungsakquise für Menschen mit Migrationshintergrund
Vorlage: DrS/2019/134

7.5 Beratung über das Ergebnis der Ausschreibung sozialer Beratungsleistungen sowie Beschlussfassung zur Vergabe der Aufträge;
hier: Schuldnerberatung
Vorlage: DrS/2019/135

7.6 Grunderwerb für den Ersatzneubau Brücke Herrenmühle an der K12
Vorlage: DrS/2019/128

8 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises/Arbeitskreis Beteiligungsmanagement

(öffentlich)

9 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)**zu 1 Einwohnerfragestunde I**

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien**zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung**

Frau Grote schlägt vor, den TOP 4.2 im Anschluss von TOP 3.8 zu behandeln, da Herr Lück (VJKA) zu beiden Tagesordnungspunkten anwesend sei und ggf. Fragen beantworten könnte.

Herr Köppen berichtet zu den Vorlagen aus Jugend im Kreistag, dass in den Fachausschüssen besprochen worden sei, dass der Hauptausschuss koordinieren solle, in welche Fachausschüsse die Vorlagen jeweils zur Beratung verwiesen werden. Er beantragt deshalb, die DrS/2019/099 als TOP 3.24 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Hansen beantragt, den TOP 7.6 öffentlich zu beraten, da Bürgerinteressen betroffen seien. Sollte über Summen o. ä. gesprochen werden, so könnte dieser Teil der Diskussion nichtöffentlich erfolgen. Der Landrat teilt mit, dass es in dieser Vorlage lediglich um Grunderwerb gehe und noch nicht über mögliche Trassenführungen gesprochen werden könne. Die genannten Grundstücke würden für alle Varianten benötigt. Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Antrag B90/ Die Grünen:

Der TOP 7.6 wird öffentlich beraten.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 3 Ablehnung: 6 Enthaltung: 3

Die Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Tagesordnung wird mit den eingebrachten Änderungen beraten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

Die Vorsitzende lässt darüber abstimmen, dass die TOPs 7.1 bis 7.6 nichtöffentlich beraten werden:

Die Tagesordnungspunkte 7.1 bis 7.6 werden nichtöffentlich beraten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 10 Ablehnung: - Enthaltung: 2

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.05.2019

Es werden keine Einwendungen erhoben, die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

zu 2.3 Informationen des Landrates

Der Landrat teilt mit, dass es im Kreistagsbüro eine personelle Veränderung aufgrund der Schwangerschaft von Frau Wienke geben werde. Die Ausschreibung sei veröffentlicht.

Die Zahl der zugewiesenen Flüchtlinge betrage bis Anfang Juni 193 Personen. Derzeit leben noch 40 Personen in Warder. Aufgrund der bevorstehenden Schließung der Unterkunft werde die Zahl der dort lebenden Menschen nach und nach verkleinert. Derzeit werde ein Verkehrswertgutachten für die Immobilie erstellt. Herr Evermann möchte wissen, wie viele Personen in ihre Heimatländer rückgeführt worden seien. Der Landrat teilt mit, dass die Rückführungen vom Bund durchgeführt werden würden. Er werde versuchen, Zahlen zum Protokoll zu ermitteln. Zur FAG-Novelle teilt der Landrat mit, dass Mitte Juli die Endfassung des Gutachtens vorliegen solle.

Am 17.06.2019 habe eine Sonderkonferenz der unteren Katastrophenschutzbehörden mit dem Innenminister stattgefunden. Es sei deutlich geworden, dass die unteren Katastrophenschutzbehörden eine größere Katastrophe nicht allein bewältigen könnten. Um die Reaktionsfähigkeit auf eine bessere Basis zustellen, sollte auf Basis einer Arbeitsgruppenstruktur eine regelmäßige Konferenz auf Ebene der Landräte mit dem Innenminister erfolgen. Das Thema soll verstärkt angegangen werden. Aus dem Landesinvestitionsprogramm seien dem Kreis 2,53 Mio € für das 1.000 Plätze Projekt für Kitas zur Verfügung gestellt worden.

Der Landrat habe als seinen staatlichen Vertreter weiterhin Herrn Schrenk bestellt. Am 26.06.2019 findet ein Fachgespräch „Integrierte Sozialplanung“ im KT-Saal statt, Fraktionsvertreter seien herzlich eingeladen.

Der Landrat teilt den Schuldenstand per 31.05.2019 mit.

Die Sparkasse Südholstein werde die Selbstbedienungsterminals abschaffen, da diese nicht rentabel seien. Aufgrund eines Briefes an den Verwaltungsrat nebst Unterschriftenaktion des Seniorenbeirats Bad Segeberg sei eine Erklärung an die Kunden verfasst worden, die auch Alternativen aufzeige.

Im Foyer seien Muster für eine neue Möblierung des KT-Saals aufgestellt worden.

Die Fraktionen erhalten eine Mappe, in der sie ankreuzen könnten, welcher Stuhl / Tisch favorisiert werde.

zu 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Der Kreispräsident berichtet zu den Partnerschaften. Am 23./24.05.2019 sei er mit dem Landrat im Partnerkreis Drawsko Pomorskie zu Gast gewesen. Am 08.06.2019 sei ein Chor aus Estland in den Kreis Segeberg gereist. Vom 12.-16.08.2019 werde Besuch aus Polen sowie vom 05.-09.09.2019 aus Estland erwartet.

zu 2.5 Kreistag 27.06.2019

Der Kreispräsident teilt mit, dass folgende Punkte von der Tagesordnung des Kreistags abgesetzt werden könnten:

TOP 14 (Fortführung „Verrückt na und“), TOP 17 (Antrag der WI-SE zur Beschlusskontrolle), TOP 19 (Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD: Fairtrade-Kreis Segeberg), TOP 22 (Strategische Ziele) und TOP 23 (Landratswahl) mit den Unterpunkten.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Antrag der VHS Henstedt-Ulzburg - Förderung Vorbereitungskurs zum Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss (ESA) 18+ Vorlage: DrS/2019/092

Herr Evermann führt aus, dass es deutlich mehr männliche als weibliche Jugendliche ohne Schulabschluss gebe. Er halte deshalb den zweiten Absatz des Beschlussvorschlags nicht für gerecht, da dieser nicht für eine Chancengleichheit Sorge. Er beantragt, diesen zu streichen.

Antrag der AfD:

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt, die Förderung eines kreisweiten Vorbereitungskurses zur Erlangung des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses für junge Erwachsene (18+) und Erwachsene im Kreis Segeberg in Trägerschaft des VHS Henstedt-Ulzburg e. V. mit 40.000 EUR ab dem Schuljahr 2020/2021, vorbehaltlich entsprechender Mittelbereitstellung im Haushalt 2020, vorzunehmen.

Die Verwaltung prüft weitere Standorte für entsprechende Angebote. Über die Umsetzung und die kreisweite Auswirkung wird im Mai 2021 im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport berichtet.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

Zustimmung: 1 Ablehnung: 11 Enthaltung: -

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt, die Förderung eines kreisweiten Vorbereitungskurses zur Erlangung des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses für junge Erwachsene (18+) und Erwachsene im Kreis Segeberg in Trägerschaft des

VHS Henstedt-Ulzburg e. V. mit 40.000 EUR ab dem Schuljahr 2020/2021, vorbehaltlich entsprechender Mittelbereitstellung im Haushalt 2020, vorzunehmen.

Um die Chancengleichheit bei Männern und Frauen bei dem Erwerb des Schulabschlusses sicherzustellen, ist die Platzvergabe für Frauen und Männer möglichst zu gleichen Teilen zu berücksichtigen.

Die Verwaltung prüft weitere Standorte für entsprechende Angebote. Über die Umsetzung und die kreisweite Auswirkung wird im Mai 2021 im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport berichtet.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 11 Ablehnung: 1 Enthaltung: -

zu 3.2 Neufassung der Satzung des Kreises Segeberg zur Bildung einer Sozialstaffel für die Teilnehmerbeiträge oder Gebühren in Kindertageseinrichtungen Vorlage: DrS/2019/125

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt die Neufassung der Satzung des Kreises Segeberg zur Bildung einer Sozialstaffel für die Teilnehmerbeiträge oder Gebühren in Kindertageseinrichtungen mit Wirkung zum 01.08.2019 in dem von der Verwaltung vorgelegten Wortlaut.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.3 Kinderbetreuung im Rahmen eines Integrationskurses in Levo-Park - Übernahme der Mietkosten Vorlage: DrS/2019/012-1

Herr Stankat erklärt auf Nachfrage von Herrn Schuchardt, dass der Kreis bereits Räumlichkeiten für eine ausgelagerte Kita angemietet habe. Für die Kinderbetreuung im Rahmen des Integrationskurses würden weitere Flächen angemietet, die derzeit leerstünden. Hieraus ergebe sich der in der Vorlage genannte Differenzbetrag.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, für die Miete der Räume im Levo-Park, die zur Betreuung der Kinder von Teilnehmerinnen und Teilnehmern eines Integrationskurses genutzt werden sollen, für

die Zeit vom 01.09.2019 bis 28.02.2020 einen weiteren Betrag in Höhe von bis zu 15.000 € (dann gesamt 28.000 €) zur Verfügung zu stellen. Die Finanzierung soll aus dem Integrationsfestbetrag erfolgen.

Die Verwaltung wird gebeten, im Haushaltsplan 2020 vorsorglich einen Betrag von bis zu 46.000 € zur Fortführung der Maßnahme einzuplanen. Nach Evaluierung des ab September geplanten Kurses wird über die Freigabe dieses Betrages entschieden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

zu 3.4 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der WI-SE-Fraktion und der Fraktion die LINKE zur Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen Vorlage: DrS/2018/199-2

Herr Evermann bemängelt, dass der Antrag erneut auf die Tagesordnung genommen worden sei, obwohl es keinen neuen Sachverhalt gebe. Über den Antrag sei bereits im Kreistag abgestimmt worden. Frau Lessing erklärt, dass im Sozialausschuss Änderungen im Beschlussvorschlag vorgenommen worden seien.

Beschlussvorschlag:

Die SPD-Fraktion, die WI-SE-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE beantragen, der Sozialausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt die Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Personen mit geringem Einkommen.

Antragsberechtigt sind Personen, die entsprechend der Altersgrenze von SGB V § 24a Abs. 2 S.1 keinen Anspruch auf Kostenerstattung durch die Krankenkasse haben, einen Wohnsitz im Kreis Segeberg haben und folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a) Laufender Bezug unterhaltssichernder Leistungen nach dem SGB II oder
- b) laufender Bezug unterhaltssichernder Leistungen nach dem SGB XII oder
- c) laufender Bezug unterhaltssichernder Leistungen nach dem AsylBLG oder
- d) laufender Bezug von Leistungen nach § 6a BKKG oder
- e) laufender Bezug von Leistungen nach BAFöG oder
- f) laufender Bezug von Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) oder
- g) laufender Bezug von Wohngeld oder
- h) geringes Einkommen

Für die Ermittlung von „geringem Einkommen“ wird auf die §§ 35 und 82 SGB XII verwiesen sowie ein pauschaler Aufschlag von 10 % berücksichtigt.

Die mit Sperrvermerk versehenen Mittel werden in Höhe von 30.000 € freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 7 Ablehnung: 5 Enthaltung: -

zu 3.5 Rahmenvertrag Schleswig-Holstein nach § 131 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) zur Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe Vorlage: DrS/2019/095

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Nach entsprechender Kenntnisnahme empfehlen Sozialausschuss und Hauptausschuss, der Kreistag beschließt:

1. den Ergebnissen der Verhandlungen des Landesrahmenvertrags nach § 131 SGB IX wird zugestimmt und
2. der Landrat wird beauftragt, den Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.6 Verlängerung Bildungsprojekt "talk about - Sexualität & Gender" von Jungenarbeit Hamburg e.V. im Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2019/093

Herr Schuchardt erkundigt sich, warum die Landesförderung für das Projekt abgelehnt worden sei. Frau Löhmann sagt eine Antwort vor dem Kreistag per Mail zu.

Herr Giesecke gibt folgende Information im Nachgang zu Protokoll:

Die Maßnahme/Projekt "Talk About" wendet sich ausschließlich an geflüchtete Personen. Das Land hat aber seine Förderrichtlinien zu Beginn diesen Jahres dahingehend geändert, dass nur noch Maßnahmen und Projekte gefördert werden, die sich an alle Menschen mit Migrationshintergrund wenden, also nicht nur an Flüchtlinge. Darüber hinaus soll bei den Maßnahmen die Integration dieses Personenkreises im Vordergrund stehen. Nach Auffassung des Landes befasst sich "Talk About" aber mit der Situation neu angekommener Menschen, also gerade nicht mit der Integration.

Diese beiden Punkte haben dafür gesorgt, dass keine Förderung durch das Land mehr erfolgt.

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt:

Dem Verein „Jungenarbeit Hamburg e. V.“ wird zur Durchführung von insgesamt vier weiteren Veranstaltungsreihen des Projektes „talk about – Sexualität & Gender“ im Kreisgebiet aus dem Integrationsfestbetrag ein Zuschuss in Höhe von bis zu 23.000 Euro (dann insgesamt 45.000 Euro) gewährt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 9 Ablehnung: 1 Enthaltung: 2

zu 3.7 Projekt "Wohnen & Arbeit" in Norderstedt Vorlage: DrS/2019/091

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Das Projekt „Wohnen und Arbeit“ in Norderstedt wird über den 31.12.2019 hinaus fortgeführt. Fördermittel in Höhe von max. 40.200 € jährlich werden zur Verfügung gestellt. Die Auszahlung erfolgt wie bisher einzelfallbezogen gegen Rechnung nur bei tatsächlicher Inanspruchnahme. Der Sozialausschuss wird sich vor dem 30.06.2021 erneut mit dem Vertrag befassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die kreisweite Ausweitung des Projektes mit dem Träger zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.8 Weiterentwicklung der SE-KulturTage 2020 ff. Vorlage: DrS/2019/082

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, die Aufgabe der Durchführung der SE-KulturTage in den Jahren 2020 und 2021 an den Verein für Jugend und Kulturarbeit (VJKA) zu übertragen.

Variante B:

Das Projekt wird im Jahr 2020 mit Kreismitteln in Höhe von 87.500,00 Euro und im Jahr 2021 mit Kreismitteln in Höhe von 107.000,00 Euro gefördert.

Die Beschlussfassung steht unter Vorbehalt der Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Rahmen der jeweiligen Haushaltsberatungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

zu 4.2 Vertrag zwischen dem Kreis Segeberg und dem Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e. V. (VJKA) über die Durchführung von Aufgaben der Jugend- und Kulturförderung des Kreises Segeberg - Zwischenbericht Vorlage: DrS/2016/175-2

Der Bericht wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

zu 3.9 Fortführung der Präventionsarbeit "Verrückt? Na und!" Vorlage: DrS/2019/097

Frau Grote erklärt, dass der OVG der Vorlage einstimmig zugestimmt habe, der JHA habe jedoch zusätzlich beschlossen, dass ein detailliertes und strukturiertes Konzept vorgelegt werden solle. Frau Löhmann verweist darauf, dass beide Ausschüsse die Verstetigung des Projekts beschlossen hätten. Frau Grote schlägt vor, die Vorlage in den OVG und JHA zurückzuverweisen, da keine Eile für eine Schlussfassung gegeben sei. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3.10 Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im Kreis Segeberg - Konzept, Maßnahmenvorschlag und weitere Empfehlungen Vorlage: DrS/2019/101

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt,

1. die unter Ziffer 3 des Sachverhaltes vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen, um die hausärztliche Versorgung im Kreis Segeberg langfristig sicherzustellen,
2. die Verwaltung zu beauftragen, eine genaue Kostenkalkulation dieser Maßnahmen den Kreisgremien zur Beschlussfassung in der nächsten Sitzung vorzulegen und die erforderlichen Haushaltsmittel in den Haushalt 2020 ff. aufzunehmen,
3. die Verwaltung weiterhin zu beauftragen, die unter Ziffer 4.3. genannte Handlungsoption auf Bedarf und Machbarkeit zu prüfen und den Kreisgremien ggf. einen Umsetzungsvorschlag zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 3.11 Aufstockung von 2 Klassen (3+4) am Berufsbildungszentrum Norderstedt, Moorbekstraße 17-21, 22846 Norderstedt (DrS 2015/092)
Vorlage: DrS/2019/104**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt vorsorglich die überplanmäßigen investiven Mittel gemäß GO-SH § 95d zur Verfügung zu stellen, die Deckung ist gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 3.12 Neubau eines Bürogebäudes für die Kreisverwaltung Segeberg (DrS 2018/050, 2018/050-1, 2019/057, 2019/072)
Vorlage: DrS/2019/107**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, die investiven Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Fachbereich V wird beauftragt die Baumaßnahme "Neubau eines Bürogebäudes" am Standort Rosenstraße 28, Bad Segeberg, auf Basis des hier vorgestellten Planungsstandes unter Berücksichtigung der damit verbundenen Kostenberechnung aus der HU-Bau umzusetzen, d. h. Beauftragung der Leistungsphasen 4 bis 8 nach HOAI (Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Vergabe, Bauausführung).

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 10 Ablehnung: 1 Enthaltung: 1

**zu 3.13 Projekt Kommunale Bewegungsförderung zur Implementierung der Nationalen Empfehlungen (KOMBINE)
Vorlage: DrS/2019/110**

Auf Nachfrage von Herrn Malassa erklärt Frau Löhmann, dass Gespräche mit den Bürgermeistern der Gemeinden stattgefunden hätten und dort großes Interesse an der Teilnahme signalisiert worden sei. Herr Malassa teilt mit, dass die Stadtvertretung in Wahlstedt sich nicht für eine Teilnahme ausgesprochen hätte. Frau Löhmann klärt auf, dass es im Beschlussvorschlag zunächst um die Beantragung von

Fördermitteln gehe. Sollte die Stadt Wahlstedt nicht teilnehmen wollen, könne auf eine andere Kommune zurückgegriffen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, die Beantragung von Fördermitteln im Rahmen des Projektes Kommunale Bewegungsförderung zur Implementierung der Nationalen Empfehlungen bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gemäß dem vorgelegten Kostenplan (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 11 Ablehnung: 1 Enthaltung: -

zu 3.14 Strategische Ziele des Kreises Segeberg

Aufgrund der eingegangenen Änderungsanträge der Fraktionen schlägt Frau Grote vor, dass die Arbeitsgruppe erneut tagen solle, um die Änderungsanträge in die Ziele einzuarbeiten und eine gute Formulierung zu finden. In der nächsten Hauptausschuss- bzw. Kreistagssitzung könnte dann ein Beschluss über neu formulierten Ziele gefasst werden. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch. Die Verwaltung wird im Vorwege eine Synopse der Änderungen fertigen.

zu 3.15 Antrag der CDU-Fraktion zur Erleichterung der politischen Arbeit in den Ausschüssen des Kreistages Vorlage: DrS/2019/142

Der Landrat erklärt, dass die meisten Vorlagen etwa drei bis fünf Seiten inklusive der ersten Seite (nur Beschlussvorschlag) und der letzten Seite (finanzielle Auswirkungen und Betroffenheit) umfassen. Eine Darstellung der Zusammenhänge und Hintergründe erfolge bereits im Sachverhalt und umfangreiche Anlagen seien schwer zusammenzufassen, besonders wenn es sich z.B. um Richtlinien oder Vertragstexte handele. Weiter führt er aus, dass keine Vorlagen mehr nachversandt werden, so dass alle Informationen in der Einladungsfrist vorlägen. Durch den elektronischen Versand stünden die Vorlagen nun deutlich schneller zur Verfügung, als es noch beim Postversand der Fall gewesen sei.

Herr Köppen spricht sich für eine Handreichung mit Schwerpunkten aus. Herr Hansen teilt mit, dass die Vorlagen aus seiner Sicht kurz genug seien, aber umfangreiche Anlagen zusammengefasst werden sollten. Ihm sei bewusst, dass dies eine schwierige Aufgabe sei, die viel Arbeit erfordere. Frau Prof. Täck schließt sich dem an.

Frau Lessing würde eine Zusammenfassung auf maximal zwei Seiten begrüßen, in der die Aufgabenstellung, die Hintergründe und eventuelle Probleme dargestellt werden. Weiterhin müssten die Beschlussvorschläge klar und verständlich in kurzen

Sätzen formuliert werden. Bei langen Beschlüssen empfehle sich eine Untergliederung, um ggf. über einzelne Punkte gesondert abstimmen zu können. Außerdem regt Frau Lessing an, das Abstimmungsverhalten der Fraktionen im Protokoll darzustellen. Diesem Wunsch schließen sich Herr Evermann und Herr Köppen an. Herr Dieck gibt zu bedenken, dass dieses die Sitzungen –insbesondere den Kreistag– deutlich verlängern würde, da einzeln gezählt und protokolliert werden müsse. Herr Wulf teilt mit, dass hierfür eine Änderung der Geschäftsordnung notwendig sei. Frau Lessing kündigt an, einen entsprechenden Antrag zur nächsten Hauptausschusssitzung zu stellen.

Beschlussvorschlag:

Der Vorlagenvordruck wird um eine kurze, prägnante Zusammenfassung der Inhalte ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

zu 3.16 Antrag der WI-SE Fraktion zur Beschlusskontrolle Vorlage: DrS/2019/141

Der Landrat erklärt ausführlich, dass seitens des Kreistagsbüros in der Zwischenzeit alle notwendigen Schritte wie die Veranlassung von technischen Einrichtungen / Programmierungen, Mitarbeiterschulungen, Handreichungen für die Mitarbeiter usw. durchgeführt und erstellt worden seien. Die Beschlussverfolgung werde nach Erstellung des Protokolls der Kreistagssitzung am 27.06.2019 starten. Sobald Beschlüsse in den Fachdiensten umgesetzt seien, würde hierzu ein Bericht erstellt, der tagesaktuell über ALLRIS einsehbar sei. Sollte eine Evaluation des jeweiligen Beschlusses gewünscht sein, so könne der Beschlussvorschlag entsprechend ergänzt werden, da dies nicht pauschal für alle gefassten Beschlüsse sinnvoll sei.

Herr Wulf spricht sich dennoch für eine gesonderte Tabelle aus, die alle gefassten Beschlüsse mit den im Antrag geforderten Kriterien enthalte.

Beschlussvorschlag:

Der HA empfiehlt dem KT die nachstehende Empfehlung zur Beschlusskontrolle zu beschließen:

1. Es ist eine fortzuschreibende Sammlung aller Beschlüsse der KT-Gremien anzulegen, die nach Beschlussdatum, Beschlussthema und Ausschuss recherchierbar ist.
2. Entsprechend § 51 KrO berichtet der LR über deren Ausführung und aktuellen Umsetzungs-, Bearbeitungsstand jedem Beschlussgremium, unter eigenem TOP, einmal im Quartal über:
 - Tatsächlich verfügte und umgesetzte Maßnahmen
 - Fachliche Bewertung und Prüfung der Wirksamkeit und Auswirkungen des

Beschlusses

- Kosten/Nutzen Darstellung
- Ggfs. notwendige Nachbesserungen oder Aufhebung des Beschlusses
- Zielerreichung, ob Absicht, angestrebter Zweck und Sinn des Beschlusses erzielt wurden

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 8 Ablehnung: - Enthaltung: 2

(2 Stimmberechtigte nicht im Raum)

zu 3.17 Antrag B90/ Die Grünen zum Fledermausschutzkonzept Vorlage: DrS/2019/122

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz empfiehlt, der Kreistag beschließt, das Land aufzufordern, ein Fledermausschutzkonzept für das FFH-Gebiet „Kalkberghöhle“ und die Umgebung in einem angemessenen Umkreis mit besonderem Fokus auf die Myotis- und Plecotus-Arten zu erstellen.

Basierend auf einer Zusammenfassung aller vorhandenen und relevanten Erfassungsdaten von Fledermausuntersuchungen aus diesem Gebiet sowie weiterer, ergänzender Felduntersuchungen soll ein Flächenkonzept erarbeitet werden. Dieses Schutzkonzept hat das Ziel Flugrouten – und Korridore zu identifizieren und erhalten und damit die Erreichbarkeit der Höhle als größtem nationalen Fledermaus-Quartier mit über 30.000 Individuen sicherzustellen sowie Maßnahmen zu entwickeln diese zu verbessern und zu erhalten.

Der Kreistag fordert das Land auf, aufgrund der hohen zentralen Bedeutung des Fledermausquartiers und des Fledermausschutzes sowie der zentralen Lage Bad Segebergs in Schleswig-Holstein vor Ort am Kalkberg eine unabhängige und integrierte Naturschutzstation des Landes einzurichten, so wie bereits von der UNB, der Stadt Bad Segeberg und dem NABU angeregt. Neben der Lastenumverteilung und den Synergieeffekten unter der Steuerung des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) könnte diese Station bei Beratungen und Stellungnahmen eine neutralere Rolle in der Fachlichkeit einnehmen und wäre auch die geeignete Einrichtung für die Fledermausfachdatenhaltung und –bereitstellung sowie das FFH-Monitoring.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

**zu 3.18 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD im Segeberger Kreistag: Fairtrade-Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2019/139**

Herr Buthmann teilt mit, dass seitens seiner Fraktion noch Beratungsbedarf bestünde und beantragt eine Vertagung. Außerdem halte er eine Vorberatung im Fachausschuss für sinnvoll. Herr Evermann schlägt vor, den Antrag im WRI zu beraten.

**zu 3.19 1. Nachtragssatzung des Kreises Segeberg über die Erhebung einer Jagdsteuer
Vorlage: DrS/2019/131**

Herr Evermann teilt mit, dass noch Beratungsbedarf seiner Fraktion bestünde. Der Landrat teilt mit, dass eine schnelle Beschlussfassung notwendig sei, da Formulierungen korrigiert werden sollen. Es gelte die Gefahr von Widersprüchen zu vermeiden. Zeitnah müsse die Festsetzung der Bescheide erfolgen. Das Verwaltungsgericht Schleswig habe die Satzung eines Nachbarkreises für nichtig erklärt, diesem solle entgegengewirkt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss: Der Kreistag beschließt die anliegende 1. Nachtragssatzung des Kreises Segeberg über die Erhebung einer Jagdsteuer.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich

Zustimmung: 11 Ablehnung: 1 Enthaltung: 1

**zu 3.20 Jahresabschluss 2018 WKS GmbH
Vorlage: DrS/2019/127**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt den folgenden Gesellschafterbeschlüssen der WKS GmbH zu:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2018 inkl. Lagebericht der WKS GmbH.
2. Verwendung des Jahresfehlbetrages 2018 der WKS GmbH in Höhe von 297.926,12€ durch Vortrag auf neue Rechnung.
3. Kenntnisnahme des Nachweises über die Verwendung der Mittel gem. Ziffer 4.8 Betrauungsakt.
4. Entlastung der Geschäftsführung der WKS GmbH für den Zeitraum vom 01.08. bis 31.12.2018.
5. Entlastung des Aufsichtsrats der WKS GmbH für das Jahr 2018.

Herr Landrat Schröder als Gesellschaftervertreter wird beauftragt, den entsprechenden Gesellschafterbeschlüssen in der Gesellschafterversammlung der WKS GmbH zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.21 Landratswahl

zu 3.21.1 Informationen zur Wahl der Landrätin/des Landrates im Jahr 2020

Vorlage: DrS/2019/138

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

zu 3.21.2 Antrag der WI-SE Fraktion auf Vorbereitung der Wahl einer Landrätin/eines Landrates im Jahr 2020

Vorlage: DrS/2019/140

Herr Köppen zieht den Antrag für die heutige Sitzung zurück und kündigt an, diesen zur nächsten Hauptausschusssitzung erneut zu stellen.

zu 3.22 Genehmigung einer Nebentätigkeit des Landrats im Aufsichtsrat der AKN GmbH

Vorlage: DrS/2019/136

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss

1. genehmigt Herrn Landrat Jan Peter Schröder gem. NebentätigkeitsVO (NtVO) die Ausübung des Mandats im Aufsichtsrat der AKN Eisenbahn GmbH mit Wirkung ab 19.06.2019 bis 2024.
Außerdem wird die Nutzung der zur Durchführung dieser Ämter notwendigen Mittel des Kreises genehmigt.

2. verzichtet zu der Nebentätigkeit gem. 1. auf die Erhebung eines Nutzungsentgelts von Herrn Landrat Schröder.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

Pause 20:30 – 20.45 Uhr

**zu 3.23 Vorschlagsliste für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht für die Wahlperiode 01.04.2020 bis 31.03.2025
Vorlage: DrS/2019/133**

Es erfolgt keine Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Für die Vorschlagsliste der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht für die Wahlperiode 01.04.2020 bis 31.03.2025 werden benannt:

| Lfd . Nr. | Ti-tel | Name | Vorname | Beruf |
|------------------|---------------|-----------------|----------------|-----------------------------------|
| 1. | | Grote | Doris | Pharmazeutisch-techn. Assistentin |
| 2. | | Bülow | René | Bestatter |
| 3. | | Hahn-Fricke | Angelika | Verwaltungsangestellte |
| 4. | | Siebke | Sönke | Landwirt |
| 5. | | Machnitzki | Uwe | Hausmeister |
| 6. | | Berg | Arne-Michael | Geschäftsführer a. D. |
| 7. | | Roth | Luzian | Geschäftsführer |
| 8. | - | Riemenschneider | Dieter | Diplomkaufmann |
| 9. | - | Gade | Uwe | Rentner |
| 10. | - | Lessing | Edda | Realschulkonrektorin a.D. |
| 11. | - | Stoltenberg | Peter | Landwirt |
| 12. | - | Wilkens | Dirk | Bürokaufmann |
| 13. | - | Zetzsche | Wolfram | Vertrieb |
| 14. | | Heyer | Gabriele | Kürschnermeisterin |
| 15. | | Claßen | Tobias | Geschäftsführer |
| 16. | | Wulf | Henning | Polizeidirektor a. D. |
| 17. | | Berbig | Miro | IT-Berater |
| 18. | | Vollmer | Michael | Geschäftsführer |
| 19. | | | | |
| 20. | | | | |
| 21. | - | | | |

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.24 Vorlagen aus Jugend im Kreistag

Herr Köppen führt aus, dass die Vorlage in den Fachausschüssen zwecks Koordinierung der Beratung in den Hauptausschuss verwiesen worden sei. Er regt an, zu den Diskussionen in den Fachausschüssen die amtierende Kreispräsidentin aus Jugend

im Kreistag und ggf. andere Teilnehmer des Projekts einzuladen.

Beschlussvorschlag:

Die Vorlagen aus Jugend im Kreistag werden in folgende Fachausschüsse verwiesen:

- „Umgang mit digitalen Medien und Datenschutz“: BKS und JHA
- „Plastikarme Schulen und Kitas“: UNK und BKS
- „Meinung mit Wirkung“: BKS
- „Leben und gestalten“: SozA

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 4 Berichte/Informationen

zu 4.1 6. Beteiligungsbericht des Kreises Segeberg Vorlage: DrS/2019/126

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Anfragen

Herr Rüge verweist auf die Veranstaltungen des Antikorruptionsbeauftragten, Herrn Ringel, für die Politik. Anmeldungen sollten bis Ende der Woche vorliegen.

Herr Köppen fragt zur Berichterstattung in der Zeitung bezüglich des ÖPNV, ob die Vorwürfe von Verdi korrekt seien, dass der Kreis notwendige Beschlüsse nicht fassen würde. Herr Hansen erklärt, dass bezüglich der Neuvergabe von mehreren Linien eine Vorlage für die Sitzung des UNK am 04.09.2019 vorgesehen sei. Da es sich um einen komplexen Sachverhalt handle, habe er bereits zu einer vorbereitenden Arbeitsgruppensitzung am 13.08.2019 um 18 Uhr in der Hamburger Straße eingeladen. Herr Ahrens spricht sich dafür aus, dass Teile der Arbeitsgruppensitzung ohne die Vertreter der Verkehrsbetriebe durchgeführt werden sollten, da eine neutralere Diskussion möglich sei.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Siebke regt an, dass zur nächsten Sitzung eine Aufstellung über die Ausschüttungen der Jagdsteuer in den Jahren 2016/2017 und 2018 vorgelegt werden solle.

Herr Köppen kündigt an, den Antrag zur Landratswahl erneut zu stellen.

Frau Grote hätte gerne einen Sachstand zum Haushalt 2019 und einen Überblick, wie viele Mittel bereits ausgegeben worden seien.

Frau McGregor kündigt an, dass der Quartalsbericht per 30.06. aufgrund der Urlaubszeit etwas später als gewohnt zur Verfügung stehen werde.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 9 Bekanntgabe der nichtöffentlich gefassten Beschlüsse

TOP 7.1

Beschlussvorschlag:

Ein Beamter wird vorbehaltlich der Bestätigung des Innenministeriums zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Kreisoberverwaltungsrat ernannt und gleichzeitig in eine freie Planstelle der Besoldungsgruppe A 14 SHBesG eingewiesen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

TOP 7.2

Beschlussvorschlag:

Der OVG-Ausschuss, der Jugendhilfeausschuss, der Sozialausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, Verträge mit den nachfolgend genannten Trägern über die Erbringung der Dienstleistung "Front Office" an Beratungsstandorten für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2025 abzuschließen:

- Betrieb eines Front Office Region Nord - Bad Bramstedt: Therapiehilfe e.V.
- Betrieb eines Front Office Region West - Kaltenkirchen: Landesverein für Innere Mission Schleswig-Holstein.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

TOP 7.3

Beschlussvorschlag:

Der OVG-Ausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, Verträge mit den nachfolgend genannten Trägern über die Erbringung der sozialen Beratungsleistung Suchtberatung für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2025 abzuschließen:

- Region Nord: Therapiehilfe e. V.
- Region Ost: Landesverein für Innere Mission in Schleswig-Holstein
- Region West: Landesverein für Innere Mission in Schleswig-Holstein

- Norderstedt: Landesverein für Innere Mission in Schleswig-Holstein in Bietergemeinschaft mit Sozialwerk Norderstedt e. V.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

TOP 7.4

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Träger Diakonisches Werk Altholstein GmbH Verträge über die Erbringung folgender sozialen Beratungsleistungen abzuschließen:

- a) Wohnungsnotlagenberatung für die Zeit vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2025
- b) Wohnkompetenztraining und Wohnungsakquise für Menschen mit Migrationshintergrund für die Zeit vom 01.01.2020 bis zum 30.06.2022.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

TOP 7.5

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, mit den nachfolgend genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Leistungen der Schuldnerberatung für die Zeit vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2025 abzuschließen:

- Region Nord: Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.
- Region Ost: Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.
- Region West: Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V.
- Norderstedt: Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein gGmbH.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Doris Grote
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)